

45'000 Anwälte klagen gegen Madoff

Aktualisiert am 18.02.2009 2 Kommentare

Juristen aus der ganzen Welt bereiten gemeinsam eine Sammelklage gegen den mutmasslichen Wallstreet-Betrüger Bernie Madoff vor. Auch Schweizer Wirtschaftsanwälte machen mit.

Er soll Investoren im Schneeball-System um 50 Milliarden US-Dollar erleichtert haben:

Die Wallstreet-Legende Bernard Madoff wurde am 11. Dezember 2008 festgenommen.

Bild: KEYSTONE/AP

Artikel zum Thema

Madoff-Betrug: Privatbank Reichmuth schliesst Anlagefonds

St. Galler Kantonbank-Kunden verloren 200 Millionen wegen Lehman und Madoff

Wer glaubte ans Madoff-Wunder? Das ist die Liste

Die Idee für das internationale Vorgehen stammt vom spanischen Anwaltsbüro Cremades&Calvo-Sotelo.

Momentan beschäftigen sich weltweit rund 300 Anwaltskanzleien und 45'000 Anwälte mit dem Fall. Für sie könnte der grösste Finanzskandal aller Zeiten zum wichtigsten Fall überhaupt werden.

Der Schweizer Wirtschaftsanwalt Daniel Fischer glaubt, dass die Anwälte dank der internationalen

Zusammenarbeit besser zum Ziel kommen. Das Bündnis

mit Kanzleien aus 21 Ländern bilde ein «Gegengewicht» zu den Verantwortlichen des Skandals.

«Einen internationalen Fall kann man nur international lösen», sagte Fischer.

Geschätzte drei Millionen Opfer

Javier Cremades, Initiant und Präsident des Bündnisses, schätzt, dass weltweit drei Millionen Personen direkt oder indirekt vom Milliardenbetrug betroffen seien. In der Schweiz seien es tausende. Die befragten Schweizer Anwälte hingegen sagten, man kenne die Zahl der Opfer und die Schadenssumme nicht genau.

Schätzungen gehen davon aus, dass der 70-jährige US-Amerikaner Bernard Madoff mit seinem Schneeballsystem Investoren um rund 50 Milliarden Dollar geprellt hat. Gemäss Javier Cremades könnte diese Summe aber weit höher sein.

Gefahr von Interessenskonflikten

Die weltweiten Verfahren werden wohl Klarheit schaffen. Doch im juristischen Wirrwarr könnten auch Interessenskonflikte entstehen. «In Spanien beschäftigen sich die vier grössten Anwaltskanzleien bereits mit der Verteidigung der Banken, die in den Skandal involviert sind»,

sagte eines der Opfer des Fonds Optimal. Damit werde es aber im Einzelfall schwierig, die Bank zur Rechenschaft zu ziehen.

Die Schweizer Anwälte hoffen, dass das Beispiel der spanischen Bank Santander auch bei Schweizer Banken Schule macht. Santander hatte die Opfer des betroffenen Fonds Optimal entschädigt.

«Die UBS hat bis jetzt keinerlei Vorschläge gemacht», sagte Sophie Scemla vom französischen Anwaltsbüro Orrick. Die Kanzlei vertritt unter anderem die Interessen von Schweizer Unternehmen, die in den luxemburgischen Fonds Lux Alpha investiert hatten. Dabei habe die UBS von diesen Geschäften zwischen 2004 und 2008 Kommissionen in der Höhe von insgesamt 85 Millionen Dollar bezogen. (oku/sda)

Erstellt: 18.02.2009, 13:01 Uhr

© Tamedia AG